

# **Eine demokratische und inklusive Digitalisierungspolitik in Berlin.**

## **Beobachtungen und Schlussfolgerungen vom Bündnis digitale Stadt Berlin aus den Erfahrungen der Pandemie im Frühjahr 2020**

Ein Diskussionspapier auf der Grundlage des Workshop „Covid-19: IT-Lessons learned für die Berliner Digitalisierungsstrategie“ am 6. Mai, 2020.

Veröffentlicht am: 25. Mai 2020

# Eine belastbare Digitalisierungspolitik für Berlin fehlt

Die aktuelle COVID-19-Krise hat uns eindrücklich vor Augen geführt, wie wichtig eine inklusive Ausgestaltung von Digitalisierungsprozessen ist, die soziale Teilhabe ermöglicht und digitale Infrastrukturen für alle Menschen im Sinne der Daseinsvorsorge zugänglich macht. Es wird deutlich, dass Digitalisierungspolitik kein Nebenbeschäftigungsfeld ist, sondern in der nachhaltigen Entwicklung der Stadt eine zentrale Rolle spielen muss. In vielen Bereichen wurden Probleme und Herausforderungen sichtbar und gleichzeitig hat die vielfältige Akteurslandschaft in Berlin ihre Potenziale und Ideen entfaltet. Initiativen, Kieze, Nachbarschaften und die Verwaltung haben vielerorts gezeigt, was wir erreichen können, wenn wir uns gegenseitig unter die Arme greifen.

## Auf Kapazitäten, Ideen und Akteuren aufbauen

In Berlin fehlt es bislang an politischen sowie administrativen Strukturen und klaren Zielsetzungen, um existierende Potentiale erfolgreich einzubeziehen. Außerdem braucht es eine substanzielle und breite Beteiligung der Zivilgesellschaft, um eine kohärente Digitalisierungspolitik in der Stadt zu ermöglichen. Berlin hat die Kapazitäten, Ideen und Akteure, die eine gemeinwohlorientierte, souveräne und nachhaltige Digitalisierung für Berlin mitgestalten und vorantreiben können.

Die Versuche eine umfassende Digitalisierungspolitik in Berlin umzusetzen, sind bislang weitestgehend erfolglos geblieben. Die Einführung der E-Akte, ein zentraler Baustein, um die in 2015 erlassene E-Government-Strategie umzusetzen, ist wegen Problemen beim Ausschreibungsprozess vorerst missglückt.

Der Berliner Smart-City-Strategie von 2015 fehlten von vornherein konkrete Maßnahmen und bis auf die Erstellung eines Smart City Informationsportals sind keine übergreifenden und strategischen Aktivitäten zu erkennen. Dieses Jahr bemüht sich die Senatskanzlei Berlin die Smart-City-Strategie neu zu entwerfen. In 2019 begann die Senatsverwaltung für Energie, Wirtschaft und Betriebe mit der Entwicklung der Berliner Digitalisierungsstrategie, welche jedoch nicht wie geplant im Juni 2020 verabschiedet werden kann.

Mit der Linse einer weltweiten Pandemie können wir nicht nur beobachten an welchen Stellen Probleme und Herausforderungen bestehen, sondern auch welche Ideen und Lösungsmöglichkeiten die Stadtgesellschaft bereits hervorgebracht hat. Mit diesem Papier wollen wir den an der Digitalisierungspolitik beteiligten Akteuren (insbesondere Senatskanzlei und Senatsverwaltungen) aufzeigen:

- \* welche Handlungsbedarfe wir kurz- und mittelfristig sehen,
- \* welche Kompetenzen und Lösungsideen es bereits gibt und
- \* wo die Bereitstellung von Kapazitäten dringend geboten ist.

Nur gemeinsam können die damit verbundenen aktuellen Anstrengungen gemeistert und eine langfristige Digitalisierungspolitik für Berlin geschaffen werden.

<sup>1</sup> <https://www.tagesspiegel.de/berlin/wegen-fehlerhafter-ausschreibung-die-einfuehrung-der-elektronischen-akte-der-berliner-verwaltung-verzoegert-sich/25789070.html>

<sup>2</sup> <https://www.smart-city-berlin.de/>

<sup>3</sup> [https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2020/pressemitteilung\\_930921.php](https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2020/pressemitteilung_930921.php)

## Forderungen die wir aus unseren Beobachtungen ableiten

Während einige digitalisierungspolitische Fragen auf Bundesebene angegangen werden können, muss der Senat die Initiative ergreifen seinen Gestaltungspielraum in der Stadt zu nutzen und darin zu wirken. Die vergangenen Monate zeigen umso mehr, dass Digitalisierung nicht nur etwas ist, was Expert\*innen betrifft, sondern alle.

Wir bringen folgende Forderungen in die Diskussion ein:

- Die zivilgesellschaftliche Beteiligung an der Digitalisierungspolitik in Berlin muss institutionalisiert werden.
- Öffentliche digitale Infrastrukturen sind so zu gestalten, dass sie unabhängig, barrierefrei und resilient sind.
- Die Daten und Datenverarbeitungssysteme, die öffentliche Hand und Stadtgesellschaft miteinander verbinden, gehören weitestgehend in öffentliche Hand und müssen grundrechtskonform – insbesondere unter dem Gesichtspunkt des Erhalts und der Stärkung der informationellen Selbstbestimmung – gestaltet werden: Open Source, Open Data, Open Government und Data Trusts (Datentreuhänder) sollten Leitprinzipien für eine gemeinwohlorientierte Datenpolitik sein.
- Software, die in Form von (teil-)automatisierten Entscheidungssystemen staatliche und gesellschaftliche Aufgaben erfüllt, muss demokratischer Kontrolle unterliegen.

- Entwicklung von Förderprogrammen (z.B. für technische Ausrüstung), die den Digital Divide im Bildungsbereich verringern und sicherstellen, dass jede\*r Schüler\*in am Online-Unterricht teilnehmen kann.

- Schaffung von lokalen Anlaufstellen für die digitale Teilhabe (z.B. KiezLabs).

- Lokale Systeme und Ökonomien sollten stärker vernetzt und unterstützt werden. Das heißt beispielsweise Unterstützung der lokalen Groß- und Kleinproduktion und offenen digitalen Marktplatzinfrastrukturen, um die Unabhängigkeit von großen Konzernen für lokale & regionale Firmen zu gewährleisten.

- Kulturelle, soziale und digitale experimentelle Projekte dürfen nicht dem Verteilungskampf um Haushaltsmittel zum Opfer fallen.

Digitalisierung darf nicht weiter als ein technisches und technologiegetriebenes Politikfeld verstanden werden, sondern muss als ein gesellschaftlicher Wandel wahrgenommen werden, der interdisziplinär und partizipativ zu gestalten ist.

## **Beteiligung an der Digitalisierungspolitik Institutionalisieren – ein Runder Tisch Digitalisierungspolitik**

Wie im Senatsbeschluss vom 21. September 2018<sup>4</sup> treffend formuliert wird, ist Digitalisierung eine Daueraufgabe, die legislativ und gesellschaftsübergreifend verhandelt und gesteuert werden muss. **Mit einem öffentlichen und transparenten Runden Tisch Digitalisierungspolitik**, gemeinsam mit Vertreter\*innen von Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Sozialem, können wir ein Instrument für eine nachhaltige, gemeinwohlorientierte und breit getragene Digitalisierungspolitik schaffen. In Anlehnung an die Erfolge und Erfahrungen vom Runden Tisch Liegenschaftspolitik<sup>5</sup>, möchten wir ein ähnliches Modell vorschlagen, **um transparente, bürgernahe und nachhaltige Digitalisierungspolitik zu fördern und einen gesellschaftlichen Kulturwandel zu ermöglichen.**

Vor diesem Hintergrund fordern wir die Einberufung eines öffentlichen Digitalbeirates mit folgenden Kompetenzen:

- Vernetzung von Akteur\*innen aus verschiedenen Bereichen
- Erarbeitung und Vermittlung von Wissen und Trends
- Erarbeitung von themenspezifischen Empfehlungen

Eine kontinuierliche Forderung vom Bündnis Digitale Stadt ist die Stärkung einer breiten öffentlichen Aushandlung von Digitalisierungspolitik. Mit dem Runden Tisch ist die Beteiligung strukturell institutionalisiert. Die Arbeit vom Bündnis digitale Stadt, als kritischer Begleiter der Berliner Digitalisierungsstrategie, weitet sich somit auf die gesamtstädtische Digitalisierungspolitik aus und verortet sich im Runden Tisch Digitalisierungspolitik. In enger Zusammenarbeit kann im interdisziplinären und kooperativen Austausch eine strategische Ausrichtung der Digitalisierungspolitik Berlins erarbeitet werden.



<sup>4</sup> <https://www.parlament-berlin.de/ados/18/IIIPlen/vorgang/d18-1336.pdf>

<sup>5</sup> <https://stadtneudenken.net/runder-tisch/>

# Beobachtungen und Herausforderungen

Beim Workshop „Covid-19: IT-Lessons learned für die Berliner Digitalisierungsstrategie“ des Bündnis Digitale Stadt Berlin am 6. Mai, 2020 haben wir unsere Beobachtungen zu Herausforderungen, Lösungsansätzen und Leerstellen zusammengetragen, die wir über die letzten Monate des Ausnahmezustandes erfahren haben.

Die aktuellen Herausforderungen, die im Zuge des Lock-Down sichtbar werden, können in drei übergeordneten Themenfeldern betrachtet werden. Erstens geht es grundlegend um die Bereitstellung von öffentlich relevanten Infrastrukturen, zweitens ist das Thema Digitale Teilhabe beziehungsweise die Verringerung des Digital Divide ganz wesentlich. Das dritte große Themenfeld betrifft die Ökonomie und deren Funktionsweise.

Im Hinblick auf digitale Teilhabe haben sich im Zuge von COVID-19, soziale Ungleichheiten verfestigt, da die technische Ausstattung noch ausschlaggebender für die Teilhabe geworden ist. So wird beispielsweise im Bildungsbereich selbstverständlich davon ausgegangen, dass alle Familien über Computer verfügen. Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Familien haben ohne passende Ausstattung mit einem erschwerten Zugang zum Online-Unterricht zu kämpfen. Da analoge Orte, die Zugang zu digitalen Räumen bieten, wie Stadtbibliotheken oder Nachbarschaftszentren, während der Corona-Pandemie geschlossen waren, wurden Bevölkerungsgruppen, die diese Angebote nutzen noch weiter abgehängt.

Auch hat sich gezeigt, dass nur für einen geringen Anteil der Beschäftigten in der öffentlichen Berliner Verwaltung

Home-Office-Arbeitsplätze vorhanden waren. Nur sehr wenige Angestellte und Beamte konnten schnell zusätzlich mit den technischen Voraussetzungen mobilen Arbeitens (Zugriff auf dienstliche E-Mail, VPN-Zugang, Laptop usw.) ausgerüstet werden.<sup>6</sup> Dies hat dazu geführt, dass die Schulen, Kitas, Arbeitgeber\*innen und Bürger\*innen nicht sofort durch die zuständigen Stellen unterstützt werden konnten. In den öffentlichen Verwaltungen mussten erst entsprechende Strukturen aufgebaut werden, die deren Arbeitsfähigkeit auch während der Krise gewährleisten konnten. Die Durchführung von Videokonferenzen stieß Anfangs auf große Hürden und wird teilweise mit datenschutzrechtlich bedenklichen Tools durchgeführt.<sup>7</sup> Es wurden seitens der Verwaltung keine Empfehlungen für die Nutzung von geeigneten Tools abgegeben und die Zivilgesellschaft hat sich bemüht „Tool-Listen“ zu erstellen.<sup>8</sup>

In vielen Institutionen wurden während der Krise die infrastrukturellen Voraussetzungen geschaffen, um zuhause arbeiten zu können. Das sind Strukturen, die wir zukünftig auch nutzen können und wo von vornherein auf nachhaltige Hard- und Softwarelösungen gesetzt werden sollte. Um das digital vermittelte Neue Arbeiten zu ermöglichen, wurden auch unter dem Druck von Gewerkschaften Gesetzesänderungen für Home-Office vollzogen. Doch digitale Konferenzbeschlüsse müssen in sicheren virtuellen Umgebungen vollzogen werden, um nicht anfechtbar zu sein. Die positiven Auswirkungen dieses Digitalisierungsschubes, die beispielsweise weniger Flugverkehr nach sich ziehen (z.B. Lockerung der Präsenzpflcht von Aufsichtsräten) sollten genutzt werden. Digitale Veranstaltungsformate ermöglichen nicht nur weniger Verkehrsaufkommen, sondern auch die Einbeziehung von Personen, die nicht die Möglichkeit gehabt hätten zum Veranstaltungsort zu reisen.

<sup>6</sup> <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-23079.pdf>

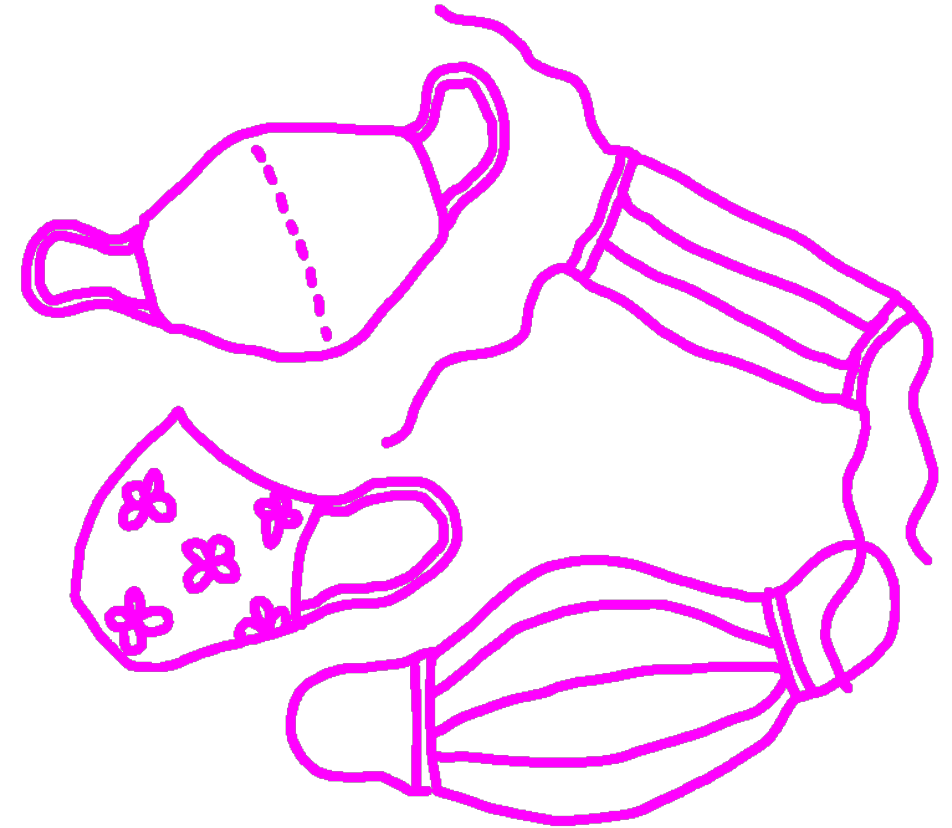
<sup>7</sup> <https://www.sueddeutsche.de/bildung/schule-corona-erfahrungen-international-1.4886191>

<sup>8</sup> <https://www.verdi.de/themen/digitalisierung/++co++a2f66624-7f2a-11ea-85eb-525400b665de>

Es gab auch Prozesse, die sehr gut funktioniert haben, wie die schnelle Bereitstellung des IBB-Online-Portals zur Beantragung und Auszahlung von Soforthilfe an Kleinunternehmen und Freiberufler\*innen.<sup>9</sup> Auch die grundlegenden Infrastrukturen haben den großen Belastungen weitestgehend standgehalten. Es gab keinen Stromausfall und auch die digitale Infrastruktur hat trotz erhöhter Belastung funktioniert.

Der Lock-Down verursachte einen Digitalisierungsschub bei dem unterschiedliche Organisationskulturen aufeinandertreffen (Verwaltung, Privatwirtschaft, NGOs).<sup>10</sup> Nicht nur die Zivilgesellschaft auch die globale und lokale Wirtschaft hat unter den Folgen des Lock-Downs zu leiden. Es ist zu befürchten, dass große und insbesondere IT-Konzerne überdurchschnittlich profitieren<sup>11</sup> und die Krise hat die Frage aufgeworfen, wie eine Stadt in ihrer vielfältigen Infrastruktur mit kleinen Läden, Kultur und Gastronomie gesichert und ein Aufkauf durch Großkonzerne verhindert werden kann.

Die gegenwärtige Krise zeigt eine gefährliche Abhängigkeit Berlins von weit entfernten Zulieferern und Firmen z.B. in China und Indien. Diese reicht von medizinischen Gütern (Geräten, Masken, Tabletten, Infusionen), elektronischen Geräten und Komponenten für die Industrie bis hin zu Nahrungsmitteln. In Krisenzeiten dürfen menschenrettende Güter nicht einmal im Notfall gebaut und repariert werden, denn Medizingüter und -geräte unterliegen Patenten, Urheberrecht und allen möglichen Beschränkungen. Hier bietet die lokale Produktion, die auf offenem digitalem Austausch basiert, eine Vielzahl an Lösungen.



<sup>9</sup> Bis zum 30. April hatte die landeseigene Förderbank in der Corona-Krise Soforthilfen an gut 207 000 Kleinunternehmer und Solo-Selbstständige genehmigt. Durchschnittlich lag der Zuschuss bei 8502 Euro. Die Gesamtsumme beläuft sich auf 1,76 Milliarden Euro. [https://www.morgenpost.de/berlin/article229066843/IBB-Zusammenarbeit-mit-Hausbanken-gegen-Betrug-wirkt.html?utm\\_term=Autofeed&utm\\_medium=Social&utm\\_source=Twitter#Echobox=1588851679](https://www.morgenpost.de/berlin/article229066843/IBB-Zusammenarbeit-mit-Hausbanken-gegen-Betrug-wirkt.html?utm_term=Autofeed&utm_medium=Social&utm_source=Twitter#Echobox=1588851679).

<sup>10</sup> <https://www.tagesspiegel.de/berlin/corona-stau-bei-baugenehmigungen-berliner-bauwirtschaft-klagt-ueber-neue-buerokratische-huerden/25757122.html>

<sup>11</sup> <https://www.hiig.de/events/krisen-des-digitalen-kapitalismus/>

# Lösungswege und Gestaltungsoptionen

Die Krise hat eindrücklich gezeigt, dass öffentliche Infrastrukturen so gestaltet werden müssen, dass sie barrierefrei, unabhängig und resilient sind. Dies gilt sowohl für soziale wie auch für digitale Infrastrukturen, die im Sinne der Daseinsvorsorge verlässlich bereitgestellt werden müssen. Es dürfen keine Abhängigkeiten von einzelnen privatwirtschaftlichen Akteuren geschaffen werden. Die Aus- und Weiterbildung öffentlicher Fachkräfte für digitale Kompetenzen muss mit einem Kulturwandel einhergehen, bei dem die Bedeutung von Open Source Technologien einen wesentlichen Schwerpunkt bildet. Wir fordern daher eine stärkere Verpflichtung und mehr Unterstützung für die Entwicklung, Installation und Nutzung von Open Source Software und Open Hardware. Außerdem muss Transparenz darüber hergestellt werden, auf welcher Basis Entscheidungen für die Nutzung bestimmter Technologien und Tools getroffen wurden.

Das Bündnis möchte in diesem Zusammenhang den Kompetenzaufbau innerhalb der Stadtverwaltung fördern und die mit dem digitalen Wandel befassten Akteure aus Verwaltung und Zivilgesellschaft stärker zusammenbringen, so dass gegenseitiges Lernen möglich ist. Dazu gehört auch, dass Experimentierräume für digitale Lösungen, die eben diesen Kapazitätsaufbau fördern können, nicht dem künftig zu erwartenden Verteilungskampf um knappe Haushaltsmittel zum Opfer fallen.

Wir begrüßen die verstärkten Diskussionen darüber, wie Ökonomien regional organisiert sein können. Auch rückt die Infragestellung der Privatisierung öffentlicher Güter und der Aufbau alternativer Eigentumsformen, wie zum Beispiel von Genossenschaften wieder stärker in den Fokus.

Genossenschaftlich organisierte Alternativen im Digitalbereich werden versucht aufzubauen.<sup>12</sup> Doch um derartigen Alternativen lokaler Verbände zum Erfolg zu verhelfen und die regionale Wirtschaft zu stärken, braucht es mehr Unterstützung von der Berliner Verwaltung.

**Viele Akteure der Zivilgesellschaft haben sehr gut reagiert, um Benachteiligten zu helfen und sich in Nachbarschaften gegenseitig zu unterstützen.**

So wurde beispielsweise ein Projekt mit Studierenden gestartet, um älteren Menschen zu ermöglichen, digital zu kommunizieren und so einen Schritt aus der sozialen Isolation machen zu können.<sup>13</sup> Das Konzept des KiezLabs bietet hierfür gute Anknüpfungspunkte.<sup>14</sup>

Insgesamt sehen wir viele Anknüpfungspunkte, um die notwendigen Kompetenzen der Zivilgesellschaft für die Gestaltung einer gemeinwohlorientierten, souveränen und nachhaltigen Digitalisierung für Berlin zu nutzen. In der Einrichtung eines Digitalbeirates sehen wir einen ersten Schritt in diese Richtung.

<sup>12</sup><https://supermarkt-berlin.net/?s=building+a+local+food+delivery+network>

<sup>13</sup><https://www.techunite.de/unsere-projekte/>

<sup>14</sup><https://hybridspacelab.net/de/project/kiez-lab/>



### **Impressum**

Bündnis digitale Stadt Berlin

Teilnehmende des Workshop „Covid-19: IT-Lessons learned für die Berliner Digitalisierungsstrategie“ des Bündnisses Digitale Stadt Berlin am 6. Mai, 2020

<https://digitalesberlin.info>